

Rotgrün in Bremen – ein linkes Projekt?

Zur Strategiedebatte in der Bremer LINKEN

Mit dem unten dokumentierten Strategiepapier versucht Christoph Spehr, der von der Führung der Linkspartei mit der Fusionsvorbereitung in Bremen beauftragt und inzwischen von der Bürgerschaftsfraktion als ihr Geschäftsführer eingesetzt wurde, die Bremer LINKE aus der Oppositionsrolle herauszudrängen und auf eine Unterstützung des rotgrünen Senats vorzubereiten.

von Heino Berg (26.7.07)

Linke Mehrheit?

Die Voraussetzung dafür schafft Spehr mit einer Wahlanalyse, welche die linke Mehrheit in der Bevölkerung (also die Umfragemehrheiten gegen die wichtigsten Gesetze der großen Koalition und Stimmenmehrheiten für Parteien, die sich als links bezeichnen) mit einer angeblichen Mehrheit für linke Politik in ihrer parlamentarischen Vertretung gleichsetzt. Dabei ignoriert Spehr gerade den Widerspruch zwischen den Mehrheitswillen in der Bevölkerung einerseits und in den Parlamenten andererseits, auf den Lafontaine mit den Forderung nach Generalstreik sowie nach Volksbegehren geantwortet hat.

Spehr misst dabei den Begriff „links“ nicht mehr an politischen Inhalten, also daran, welche Klasseninteressen die jeweiligen Abgeordneten von SPD und Grüne vertreten, sondern ausschließlich daran, welche Regierungskombination sie aktuell befürworten. Nach dieser Kalkulation sind die Anhänger einer roten bzw. rotgrünen Regierung auch dann links (und für die LINKE unterstützenswert), wenn sie, wie z.B. Wowereit in Berlin, eindeutig gegen die Interessen der Lohnabhängigen Politik machen. Außerhalb dieser „linken Mehrheit“ befinden sich Spehr zufolge nur diejenigen SPDler und Grünen, die (wie Willi Lemke und Ralf Fücks) eine Große oder Jamaika-Koalition befürworten und damit eine Regierungsbeteiligung der LINKEN (vorläufig) ablehnen.

Ein „linkes Projekt“?

Auf diesem Hintergrund wird die rotgrüne Senatskoalition in Bremen als „linkes Projekt“ eingeschätzt, das sich „deutlich“ von der rotgrünen Bundesregierung unter Schröder unterscheiden würde und daher durch die LINKE in der Bürgerschaft gegen CDU/FDP sowie gegen die Anhänger der Großen Koalition inner der SPD-Fraktion kritisch zu unterstützen sei.

Auch wenn die Beschreibung des neuen Senats als „linkes Projekt“ für Spehr nicht ausschließt, dass die LINKE „weitergehende Forderungen“ aufstellt, da die Senatspolitik an vielen Punkten „unzureichend“ bzw. nicht „zu 100 Prozent links“ sei (ansonsten könnte sich die LINKE ja auch gleich in der SPD auflösen...), bleiben von der Rolle der konsequenten Opposition, für die die LINKE mit ihrem Spitzenkandidaten Erlanson angetreten ist, in dieser strategischen Aufgabenstellung nicht einmal Spurenelemente übrig. Die LINKE soll künftig Böhrnsen und Linnert als parlamentarische Hilfstruppe oder Einsatzreserve gegen die schwarzgelben Abgeordneten und ihre Freunde innerhalb der SPD zur Verfügung stehen, um für diese Dienste politische Zugeständnisse aushandeln können.

Kritisch unterstützen könnte man – jedenfalls nach dem Grundsatzprogramm der WASG - den aktuellen Senat aber nur, wenn die SPD in Bremen nicht nur einen **Koalitions**-, sondern einen **Politik**wechsel vollzogen hätte. Wenn sich also durch den neuen Senat die Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen praktisch verbessern - und nicht weiter verschlechtern würden.

Politik des „kleineres Übels“ – oder konsequente Opposition?

Auch wenn die Regierungserklärung des rotgrünen Senats verbale Zugeständnisse und Versprechungen (z.B. beim Mindestlohn oder beim Sozialticket) enthält, auf deren Einlösung eine konsequente Opposition selbstverständlich pochen muss: Der Stellenabbau im Öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft geht unter dem Böhrnsen/Linnert-Senat ebenso weiter wie die Mittelkürzungen an der Universität oder die Ersetzung von Regularbeitsplätzen durch 1-€Jobs.

Günstigstenfalls reduziert der neue Senat das Ausmass der Angriffe im Verhältnis zu dem, was eine Große Koalition (z.B. mit der Privatisierung der Krankenhäuser) geplant hatte – aber es handelt sich eben weiterhin um Verschlechterungen, und keineswegs um einen Richtungswechsel der Senatspolitik, also z.B. um eine Rekommunalisierung bereits privatisierter Einrichtungen oder um die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen. Wer die rotgrüne Senatskoalition als „linkes Projekt“ bezeichnet, an dem sich die LINKE engagiert (bzw. „vorwärtstreibend“) beteiligten sollte, anstatt ihr mit einem „*fixen Oppositionsreflex*“ begegnen, der denkt bereits in den Kategorien des „kleineren Übels“ und bereitet die „linken“ Abgeordneten darauf vor, bei der Durchsetzung dieser Verschlechterungen zu helfen, sobald sie dafür – wie in Berlin – gebraucht werden.

Die kühne Behauptung von Christoph Spehr, dass das *„rotgrüne Projekt den forcierten Klassenkampf von oben beenden würde“*, unterstellt, dass sich Böhrnsen und Linnert den Massenentlassungen bei EADS oder dem Lohnraub bei der Telekom oder dem Diebstahl an Versicherungsleistungen durch Hartz IV nicht nur entgegenstemmen, sondern diese Angriffe rückgängig machen bzw. „abstellen“ würden! Abgesehen von der parlamentarischen Einengung dessen, was sich C. Spehr unter „Klassenkampf“ vorstellt: Der Gedanke, dass mit dem Regierungsantritt von Böhrnsen und Linnert der soziale Kahlschlag des Kapitals in Bremen gestoppt werden könnte, ist schon wegen ihrer bisherigen Unterstützung für die Agendapolitik von Schröder und Merkel ebenso blauäugig, wie abwegig. In Wirklichkeit spekuliert Spehr mit dieser Bemerkung darauf, dass der Regierungsanteil am „Klassenkampf von oben“ durch Rotgrün weniger „forciert“ ausfallen werde als unter Rotschwarz. Diese vage Hoffnung reicht dem parlamentarischen Geschäftsführer der „LINKEN“ für die Unterstützung einer Politik des angeblich „kleineren Übels“, mit der seine Freunde in Berlin die Glaubwürdigkeit der „Linkspartei.PDS“ ruiniert und ihre Wählerstimmen halbiert haben – aber nicht für diejenigen, die die „LINKE“ in Bremen als Opposition gegen diesen Kahlschlag unterstützt haben.

Um die starke linke Opposition in der Bremer Partei zu bedienen, muß C. Spehr dann auch an anderer Stelle selbst einräumen, dass der rotgrüne Senat keineswegs einen Richtungswechsel vornehmen, sondern im Gegenteil den *„von der Großen Koalition festgelegten Grundriss des Hauses“* lediglich *„neu einrichten“* wird und dabei *„in den Paradigmen gefangen bleibt, die von der neoliberalen Politik auf Bundesebene vorgeben werden.“* Man darf gespannt sein, wie C. Spehr im Rahmen der neoliberalen Politik auf Bundesebene durch das „rotgrüne Projekt“ nicht nur Hartz IV zurücknehmen, sondern den *„Klassenkampf von oben beenden“* will...

Wenn aber das sog. „rotgrüne Projekt“ aber (wie Spehr selbst zugibt) eine Fortsetzung der neoliberalen Politik mit anderen Mitteln ist – dann kann diese Regierungskoalition nicht *„zu einem breiten anti-neoliberalen Bündnis radikalisiert werden“* (wie er es in These 3 fordert und damit die Erweiterung der rotgrünen zu einer rot-rot-grünen Senatskoalition umschreibt). Dann geht es im Gegenteil um ein Oppositionsbündnis von außer- und innerparlamentarischen linken Kräften GEGEN diesen Senat und die neoliberalen Bundesvorgaben, die er umsetzt!

Zur Taktik der „LINKEN“

Diese kategorische Ablehnung der strategischen Ziele von Christoph Spehr (bzw. von Bode Ramelow, der ihn für die Integration der Bremer WASG in die L.PDS eingestellt hat) steht keineswegs im Widerspruch zu einer flexiblen Oppositionstaktik der LINKEN in der Bremer Bürgerschaft (bzw. im Bundestag). Es ist vollkommen richtig, die (Wahlkampf)zugeständnisse von Böhrnsen und Linnert an manche Forderungen der LINKEN (wie z.B. beim Mindestlohn) aufzugreifen, sie „beim Wort zu nehmen“ und der SPD (ähnlich wie Lafontaine es getan hat) DAFÜR Unterstützung anzubieten.

Dann unterstützt man aber inhaltliche Forderungen und Interessen der Lohnabhängigen – und keineswegs die Partei oder gar Regierung, die sich zu ihnen aus taktischen Gründen vorübergehend bekannt hat. Die Linke muss bei der Unterstützung solcher Forderungen im Gegenteil öffentlich darauf hinweisen, dass die Lippenbekenntnisse der SPD-Führung zum Mindestlohn ohne die Mobilisierung der Betroffenen nicht ernst gemeint sind und daher der Aufbau einer linken Alternative zur Sozialdemokratie die wichtigste Garantie für ihre Durchsetzung bleibt.

Wer die Restwähler der SPD und vor allem die Nicht-Wähler von der Notwendigkeit dieser linken

Alternative überzeugen möchte, darf die an die Versprechungen Böhrnsens und das Ende der Großen Koalition in Bremen geknüpften Erwartungen in der Bevölkerung und in den Gewerkschaften nicht hochmütig ignorieren, sondern muß sie ernst nehmen und die Diskussion mit ihnen suchen. Das taktische Angebot von Lafontaine, bei einer Abwahl der Regierung Merkel zu helfen, wenn Beck den Mindestlohn einführen, Auslandseinsätze der Bundeswehr, das Rentengesetz sowie Hartz IV beenden werden will, ist grundsätzlich richtig und entspricht dem, was ich in der WASG bereits vor zwei Jahren öffentlich vorgeschlagen hatte. Entscheidend sind die politischen Bedingungen, von denen die Linke die Unterstützung oder Beteiligung an Regierungen abhängig macht. Und die Bereitschaft, aus ihrer Nichterfüllung (wie im Fall des Berliner Senats) dann auch politische Konsequenzen zu ziehen. Es muß jedenfalls um einen wirklichen Politikwechsel gehen – und nicht um das Angebot, unter dem Etikett des „kleineren Übel“ eine neoliberale Regierung als „linkes Projekt“ zu unterstützen, wie es die Berliner PDS praktiziert und das Strategiepapier von C. Spehr nun auch noch den Bremer Linken zumuten will.

Heino Berg, 26.7.07

Entgegnung von Christoph Spehr (28.7.07)

Inhaltlich sind wir da auch nicht so weit auseinander. Strategie heißt ja, drüber nachdenken, wie wir unsere Ziele erreichen können - und das können wir mit Sicherheit nicht im Alleingang. Die Einschätzung von SPD und Grünen ist dabei natürlich von hoher Wichtigkeit, aber ebenso wichtig ist, klarzukriegen, was wir eigentlich wollen und in welchen Etappen.

Für einen Fehler halte ich es, wenn Heino - wie auch Lafontaine - suggeriert, die Wähler und Wählerinnen würden sich beim Wählen einfach beharrlich irren. Sie wählten, so diese Theorie, SPD und Grüne nur aus Versehen - in Wahrheit würden sie sich eine Politik wünschen, wie sie die LINKE betreibt. Das ist eine falsche Theorie. Ich glaube, die Menschen wählen im großen und ganzen das, was sie wollen. Ich hatte schon 2004 eine Wahlanalyse zur Europa- und zu den damaligen Landtagswahlen überschrieben mit „Der Wähler ist nicht blöd, der Wähler wählt nicht irgendwas.“ Die Menschen unterscheiden sehr genau zwischen ihrer (vorhandenen) Sympathie für die Ziele der LINKEN und ihrer (ebenfalls vorhandenen) Auffassung, dass diese Ziele sich leider nicht unmittelbar umsetzen lassen. Viele wählen uns, um korrigierend auf SPD und Grüne einzuwirken, aber sie würden nicht wollen, dass die LINKE mit 50% der Stimmen alleine gehen könnte, weil sie nicht glauben, dass „das funktioniert“. Die Wähler und Wählerinnen wissen ganz genau, dass man in der Politik nicht einfach Einzelforderungen und Einzelentscheidungen aufeinander häufen kann, sondern einen gangbaren Weg finden muss, wo verschiedene Forderungen zusammengehen und gleichzeitig ein nachhaltiger Entwicklungspfad eröffnet wird, das heißt eine Richtung, die man wirklich gehen kann.

Deshalb geht es in der Politik um das Propagieren von „Projekten“, von gangbaren Wegen - auch und gerade dann, wenn wir mit wesentlichen Dogmen der aktuellen Politik brechen wollen und einen wirklichen Politikwechsel erzwingen möchten. Gerade dann muss der Weg gangbar sein, wirklich funktionieren: nicht in sich widersprüchlich sein, nicht von außen sofort abgewürgt werden, nicht davon abhängen dass alle anderen genau unserer Meinung sind.

Wir müssen jetzt anfangen, ein solches Projekt zu formulieren. Wir müssen die anderen Parteien, insbesondere SPD und Grüne, aber auch die Bewegungen, die Gewerkschaften, die anderen Akteure daraufhin analysieren, wie sie zu einem solchen Projekt stehen, ob es zusammen mit ihnen (oder Einzelnen aus ihrem Zusammenhang) entwickelt und durchgesetzt werden kann. Wir dürfen nicht die Korrekturpartei bleiben, sondern müssen zu einer Durchsetzungspartei werden. Wir dürfen nicht die Wunschartei bleiben, sondern müssen auch Realitätspartei sein. Wir wollen doch nicht bloß das schlechte Gewissen des Neoliberalismus bleiben, sondern ein anti-neoliberales Projekt durchsetzen, eines was ihn wirklich zurückdreht und ablöst. Oder?

Antwort von Heino Berg (30.7.07)

Christoph erklärt: „Für einen Fehler halte ich es, wenn Heino - wie auch Lafontaine - suggeriert, die Wähler und Wählerinnen würden sich beim Wählen einfach beharrlich irren. Sie wählten, so diese Theorie, SPD und Grüne nur aus Versehen - in Wahrheit würden sie sich eine Politik wünschen, wie sie die LINKE betreibt. Das ist eine falsche Theorie. Ich glaube, die Menschen wählen im großen und ganzen das, was sie wollen“.

Weder Lafontaine, noch ich behaupten oder "suggerieren", daß sich die Wähler "beharrlich irren" würden. Wir stellen im Gegenteil fest, daß etwa 2/3 der Abgeordneten in den Parlamenten Gesetze verabschieden, die nach Umfragen von 2/3 der Bevölkerung abgelehnt werden. Beispiele: Mehrwertsteuererhöhung, Gesundheitsreform, Rentenreform, Unternehmenssteuerreform, Hartz IV, Afghanistan-Einsatz usw.

Die Abgeordneten von SPD und Grünen (und leider auch die der LINKEN, sobald sie wie in Berlin in Regierungen mitarbeiten) erfüllen also nicht das, was sie ihren Wählern versprochen haben und was letztere nach Ansicht von Christoph auch „wollen“, sondern sie praktizieren das Gegenteil. Eben deshalb beteiligen sich ja immer weniger Bürger an den Wahlen! Daher wäre es vollkommen falsch, die Abgeordneten von SPD und Grünen als „links“, als Teil einer linken PARLAMENTARISCHEN Mehrheit oder gar eines „linken Projekts“ einzuordnen, nur weil viele Menschen, die sie in Ermangelung einer GLAUBWÜRDIGEN linken Alternative gewählt oder sich enthalten haben, laut Umfragen linke Forderungen unterstützen.

Noch abwegiger ist die Behauptung von Christoph Spehr, daß sich die Wähler der LINKEN von deren Abgeordneten geradezu **wünschen** würden, daß sie ihre Wahlversprechungen ebenso wie die anderen Parteien auf dem Altar eines Regierungsbündnisses opfern. Nach der Logik von C. Spehr wäre es völlig in Ordnung, daß sich die SPD sich vor den Wahlen gegen die Mehrwertsteuererhöhung ausgesprochen hat, um ihr anschließend, weil die Wähler keine 100%ige Durchsetzung von Wahlversprechen wünschen, in der Großen Koalition zuzustimmen.

Die Menschen wissen zwar, daß man in der Politik Kompromisse machen und daß daher auch Linke ohne eigene Mehrheiten antikapitalistische Forderungen nicht sofort und vollständig durchsetzen können – aber Abstriche an den eigenen Maximalforderungen sind etwas vollkommen anderes als die Zustimmung zu Verschlechterungen im Sinne der Politik des „Kleineren Übels“. Man könnte (um ein Beispiel zu nennen) mit dem Bündnispartner in einem gemeinsamen „linken Projekt“ darüber reden, ob der neue Haushalt statt 2000 nur noch 1000 **zusätzliche** Stellen im Sozialbereich vorsieht – aber eben nicht darüber, ob statt 2000 "nur" noch 1000 **abgebaut** werden sollen. Das eine hat z.B. die Berliner WASG der L.PDS bei den Verhandlungen für einen gemeinsamen Wahlantritt angeboten oder Lafontaine als Mindestforderung für eine Unterstützung Becks formuliert - das andere praktiziert die Berliner L.PDS bzw. "LINKE" in der Regierung Wowereit mit der SPD.

Da in einem Bündnis (oder „Projekt“) mit Wowereit oder Böhrnsen, die sich sogar laut C. Spehr "*im Rahmen der neoliberalen (Bundes)vorgaben*" bewegen, nur letztes möglich ist, hat die LINKE in Bremen das Regierungsprogramm des rotgrünen Senats abgelehnt und sich auf eine klare **Oppositionsrolle** festgelegt. Nicht, weil wir Regierungsbeteiligungen grundsätzlich ablehnen würden, sondern weil sie nur bei einem fundamentalen Kurswechsel der in Frage kommenden „Partner“ und gestützt auf eine entsprechende außerparlamentarische Bewegung einen wirklichen POLITIKWECHSEL bewirken und die Linke dabei ihre politische Glaubwürdigkeit wahren könnten.

Wenn Christoph Spehr meint, wir würden mit unseren Positionen „*nicht weit auseinander liegen*“, dann verwischt er die fundamentalen Gegensätze, die eine Politik des Kleineren Übels von einer konsequenten, und gerade deshalb realistischen Oppositionspolitik der Linken trennen. Umso wichtiger ist es, diese Unterschiede in einer offenen und öffentlichen Debatte zu klären.

Dabei wäre es nicht uninteressant, zu erfahren, wie sich die linken Bürgerschaftsabgeordneten selbst

zu den strategischen Vorschlägen ihres Geschäftsführers verhalten.

Heino Berg, 30.7.07